Deutschlands schutzloses Parlament

Der Bundestagspräsident macht sich Sorgen, Experten fürchten den Tag X: Vier Monate vor der Bundestagswahl hat niemand in Berlin ein Konzept gegen digitale Attacken.

Wie sollen Politik und Medien damit umgehen, wenn demnächst Vertrauliches ans Licht kommt, das stets nur der einen Seite schadet? Bundestagspräsident Lammert blickt auf sein Parlament in Berlin. FOTO: PHOTOTEK

VON JÖRG KÖPKE

BERLIN. Der russische Bär langte überall zu, nahm sich links und rechts, was er wollte – wie Balu aus dem „Dschungelbuch".

Ungestört durchkämmte der Bär Kanzleramt und Abgeordnetenbüros. Er spähte Computer aus, kopierte Festplatten und E-Mail-Verzeichnisse. Zwei Monate ging das so, ganz gemütlich, Tag und Nacht. Mehr als eine Million DIN-A4-Seiten geheimer Dokumente fielen in seine Hände, insgesamt 16 Gigabyte. Haushaltspläne, verschlüsselte Zugangsdaten, Passwörter, alles Mögliche, vielleicht auch Privates oder unachtsam notierte Spitzen über Parteifreunde und Widersacher.

Zwei Jahre ist es her, dass die russische Hacker-Gruppe „Fancy Bear" auf diese Art ins Herz des Deutschen Bundestages eindrang. Lange war völlig unklar, woher der Angriff kam. Mühsam mussten Details zusammengetragen werden. Inzwischen aber scheint zweifelsfrei festzustehen, dass die Urheber in Russland zu finden sind.

Offen bleibt, in wessen Auftrag die Gruppe „Fancy Bear" handelte. Staatschef Wladmir Putin betonte gestern, der Staat sei nie involviert gewesen. Westliche Experten sagen, die Attacke könne aus einer Grauzone heraus gekommen sein, aus jener Halbwelt, in der Hacker und Geheimdienstleute einander Tag für Tag mit Codes, Informationen und Datenpaketen aller Art aushelfen.

Ein geheimer globaler Handel mit gehackten Daten ist längst im Gang. Der Wert der Dokumente steigt derzeit von Tag zu Tag ein bisschen an: Am 24. September ist Bundestagswahl, bis dahin könnte es noch eine Fülle von pikanten Leaks geben – vielleicht sogar neue digitale Attacken.Wie sollen Politik und Medien damit umgehen, wenn demnächst Vertrauliches ans Licht kommt, das vielleicht immer nur der einen Seite schadet?

Die Deutschen sind darauf nicht vorbereitet – obwohl sie haargenau verfolgt haben, was im vergangenen Jahr in den USA geschah. Hillary Clintons Wahlkampf wurde von immer neuen ungünstigen Enthüllungen begleitet, die auf der Plattform Wikileaks nachzulesen waren. Vorausgegangen war ein digitaler Angriff auf das schlecht gesicherte Hauptquartier ihrer Partei, der US-Demokraten.

Clinton führt ihre knappe Wahlniederlage inzwischen deutlicher denn je auf russische Cyberattacken zurück, die vom späteren Wahlsieger Donald Trump gesteuert worden seien: „Die Russen hätten gar nicht wissen können, wie sie diese Informationen am besten nutzen, wenn sie nicht angeleitet worden wären", sagte Clinton diese Woche auf einer Hightech-Konferenz in Kalifornien.

> **Jede Seite wird versuchen, Leaks für sich auszuschlachten.**
> Erich Schmidt-Eenboom, Geheimdienstexperte

In Deutschland wächst die Nervosität. Gibt es eine Strategie, die sich Parteien, Fraktionen und Bundestagsverwaltung für den Fall der Fälle zurechtgelegt haben?

Ein Lösungsansatz könnte in Frankreich liegen. Genauer: im Wahlkampfteam von Präsident Emmanuel Macron. Wenige Stunden bevor Anfang Mai die Lokale zur Präsidentschaftswahl in Frankreich schlossen, sickerte Vertrauliches aus dem Umfeld des Kandidaten durch. Wieder hatte der russische Bär seine Tatzen im Spiel: „Fancy Bear" war der Urheber. Wieder ging es um Mails, Rechnungen, Haushaltsunterlagen. Doch Macron hatte den Bären schon erwartet – und er hatte eine Strategie.

Macron ahnte, dass seine Gegenkandidatin Marine Le Pen nicht nur finanzielle Unterstützung von russischen Banken bekommen würde, sondern noch weitere Hilfen aus Russland, ob privat oder staatlich initiiert. Bald schon kam vom US-Geheimdienst NSA ein Hinweis, dass die Hacker von „Fancy Bear" Macron und seine Kampagne ins Visier genommen hatten.

Macrons Kampagnenleiter Mounir Mahjoubi blieb nicht viel Zeit. Er griff zu einer Art Blendgranate. Mahjoubi ließ massenhaft gefälschte und sehr umfangreiche Dokumente in E-Mails verschicken – in der Hoffnung, dass deren Entschlüsselung und Verarbeitung die Angreifer viel Zeit kosten würden. Die Taktik ging offenbar auf. Die sonst präzise Arbeitsweise der Cyberkrieger erschien diesmal schlampig, fahrig und unkontrolliert. „Es war klar, dass sie in Eile waren", analysierte John Hultquist vom Cyberspionage-Analyse-Unternehmen FireEye rückblickend.

Auch beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) registrierte man den Erfolg der französischen Blendgranate mit Interesse. 660 Mitarbeiter beschäftigt die Bonner Behörde. 15 von ihnen besitzen das spezielle Wissen, um Cyberattacken unschädlich zu machen. Sie waren es, die den Bundestagshack im Frühjahr 2015 bekämpften, das Rechnernetz des Bundestages neu aufsetzten und die Spuren zum russischen Bären nachzeichneten. Sie sind es jetzt, die in diesen Tagen den Fraktionen Handlungsanweisungen mit auf den Weg geben.

Ein vertrauliches Schreiben der Behörde, datiert auf den 15. Mai und adressiert an alle im Bundestag vertretenen Parteien, liegt dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) exklusiv vor. Kernaussage: Macht es wie Macron! „Die En-Marche-Kampagne wies beispielsweise sehr professionell darauf hin, dass Dokumente gefälscht oder aus dem Kontext gerissen sein können, und warnte vor voreiligen Schlüssen", heißt es in dem Geheimpapier.

Norbert Lammert, als Bundestagspräsident oberster Dienstherr der Bundestagsverwaltung und für die Sicherheit der IT-Systeme im Parlament verantwortlich, fordert eine einheitliche Strategie der Bundestagsfraktionen. Auch er rechnet fest mit Manipulationsversuchen vor der Bundestagswahl. Gegenteiliges zu glauben, so Lammert, sei „völlig treuherzig".

In den Fraktionen herrscht eher Achselzucken. „Die Bundestagsverwaltung unter Leitung von Herrn Lammert hat in den vergangenen Monaten nicht immer eine glückliche Rolle gespielt", sagt SPD-Innenexperte Lars Klingbeil. „Es gibt kaum Informationen für die Abgeordneten. Kaum Hinweise an Mitarbeiter. Immer wieder haben wir Neuigkeiten aus den Medien erfahren. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass hier nicht alles unternommen wird, um die Kommunikation der Abgeordneten zu schützen."

Aus der Unionsfraktion hieß es am Donnerstag, man halte eine gemeinsame Strategie für überflüssig. „Bundeskanzlerin Angela Merkel ist über jeden Zweifel erhaben. Was soll uns schon passieren?", erklärte ein ranghoher Mitarbeiter. Die Parlamentarischen Geschäftsführer hätten eigene Sicherheitsbeauftragte und IT-Stäbe gebildet. Das müsse genügen.

Der deutsche Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom hält den Versuch Lammerts, eine Front über Parteigrenzen hinweg aufzubauen, für aussichtslos: „Das wird nicht funktionieren." Vor allem sei es abwegig, sich vorzustellen, dass man ein parteiübergreifendes Schweigegelübde verabreden könne: „Es wird zwar keine offene Schadenfreude geben. Aber jede Seite wird versuchen, Leaks für sich auszuschlachten."

Niemand weiß derzeit, ob das 2015 erbeutete Material spannend genug ist, um politische Wirkungen zu erzeugen. Fest steht aber, dass der Bär noch immer Hunger hat. Und dass es ihm offenbar Spaß macht, die politische Szene in den westlichen Demokratien zu verunsichern.

Im Februar dieses Jahres gab es erneut Versuche, ins Netz des Bundestages einzudringen. Ziel der Attacke war unter anderem die Abgeordnete Marieluise Beck. Die Grünen-Politikerin war bereits im Februar 2014 Ziel eines Hacker-Angriffs. Sie gehört zu den schärfsten Kritikern Russlands.

In diesem Jahr wird Beck nicht mehr für den Bundestag kandidieren. Dann wird auch der Bär sie in Ruhe lassen.

Hacking-Opfer des „Fancy Bears": Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, US-Politikerin Hillary Clinton. FOTOS: AP

Auf der Suche nach dem Konsens gegen Leaks

Bundestagspräsident Norbert Lammert über die Kunst des Aufhörens, schlampige Ministerien – und Hackerangriffe zur Bundestagswahl

Herr Bundestagspräsident, muss sich das deutsche Parlament auf einen digitalen Angriff mitten im Bundestagswahlkampf einstellen?
Nach den Erfahrungen sowohl mit den amerikanischen als auch mit den französischen Präsidentschaftswahlen können wir nicht ausschließen, dass auch bei uns pünktlich zur Bundestagswahl illegal gewonnene Informationen gezielt in Umlauf gebracht werden und instrumentalisiert werden. Darauf haben die Chefs der zuständigen Behörden bereits mehrfach hingewiesen. Da wir ja wissen, dass es täglich Hunderte, wenn nicht Tausende Hacker-Angriffe gibt, wäre es doch völlig treuherzig anzunehmen, dass es ausgerechnet bei der Annäherung an eine spannende Bundestagswahl keine Versuche der Beeinflussung gäbe.

> **Es ist vernünftig, sich schon vor dem ersten konkreten Fall auf den Umgang mit einer solchen Situation zu verständigen.**

Was unternehmen Sie als Chef des Parlaments?
Ich habe vor zwei Wochen alle Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen angeschrieben mit der Anregung, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Es ist vernünftig, sich schon vor dem ersten konkreten Fall auf den Umgang mit einer solchen Situation zu verständigen.

Glauben Sie, dass das klappt?
Es ist jedenfalls fast unmöglich, sich erst dann auf einen gemeinsamen Umgang mit solchen Behauptungen zu verständigen, wenn der erste konkrete Fall da ist. Es müsste im Interesse aller liegen, sich um einen Konsens zu bemühen.

Erwarten Sie im Sinne einer Selbstverpflichtung von den Medien einen vergleichbaren Pakt des solidarischen Stillschweigens im Fall gehackter Daten?
Da bin ich ohne jeden missionarischen Ehrgeiz. Allerdings wäre es mir schon sehr recht, wenn die Medien für sich ähnliche Überlegungen anstellen würden, wie ich sie jetzt für die politische Klasse angeregt habe.

Sind die Medien auch mitverantwortlich ...,
Ganz sicher!

... dass Politiker nur noch als konturenlos, glattgebügelt und karrieresüchtig gelten, oder sind die Politiker einfach so?
Da die Politik – vielleicht nur noch vergleichbar mit darstellender Kunst – mehr als irgendein anderer Beruf von der medialen Vermittlung lebt, also ohne mediale Vermittlung im Bewusstsein der Öffentlichkeit gar nicht vorkommt, ist die Vorstellung abwegig, Politik könne von Medien völlig unabhängig sein. Dass im Ergebnis nur glattgebügelte Rollenbesetzungen Erfolg hätten, scheint mir ein bisschen zu pauschal. Wenn man sich die Reihe der Bundespräsidenten, der Bundeskanzler und vielleicht sogar der Parlamentspräsidenten ansieht, dann ist jedenfalls kein durchschnittlicher Standardtyp festzustellen.

Interview: Dieter Wonka und Jörg Köpke